

Kaiserplatz-Galerie: Bürgerbegehren nur gegen Straßenverkauf

Einigkeit besteht nur darin, dass in der **kleinen Adalbertstraße** etwas passieren muss. Die ersten Unterschriftenlisten kursieren. „An den Bürgern vorbei.“

Von Sarah Maria Frantzen

Aachen. In einem Punkt zumindest sind sich alle einig: Im Bereich der kleinen Adalbertstraße muss sich etwas tun. Dass dort das Einkaufszentrum Kaiserplatz-Galerie gebaut wird, damit können sich noch alle Parteien anfreunden. Aber ab dann scheiden sich die Geister. Das „Wie“ ist der große Streitpunkt.

Mehr Ersatzwohnraum

Der Investor will eine monumentale Architektur, die ausreichend Raum für Geschäfte und Parkplätze bietet. Den Mitgliedern der Bürgerinitiative „Kaiserplatz-Galerie – aber anders“ ist das vor allem eins: zu groß. Sie fürchten den zunehmenden Verkehr und die Auswirkungen auf den bestehenden Einzelhandel und stemmen sich vehement gegen die teilweise Privatisierung des Adalbertsbergs. Außerdem wollen sie, dass mehr Ersatzwohnraum geschaffen wird.

In der Hoffnung, den Beschluss des Rates vielleicht noch zu beeinflussen, hatte die Bürgerinitiative einen Tag vor der Beschlussfassung zu einem Diskussionsmarathon mit zwei Podien in die Aula Carolina eingeladen.

„Wie viel Kaiserplatz-Galerie verträgt die Stadt?“ war die erste Runde überschrieben. Herbert Dierke vom Planungsbüro Kahlen und Harald Kriesel vom Planungsamt der Stadt stützten sich auf die Gutachten, die belegen, dass weniger als zehn Prozent des Umsatzes aus dem bestehenden Einzelhandel in die Galerie umverteilt werden. Doch den Gutachten schenken die Kritiker keinen Glauben, sie befürchten, dass der Einzelhandel den Bach runtergeht.

Der Vorwurf, die Stadt sei eine Marionette des Investors, ließ nicht lange auf sich warten. „In ein paar Jahren wollen sie nichts mehr davon wissen, was sie jetzt sagen“, schimpfte ein Mann auf Politik und Verwaltung. „Glauben sie mir, dass ich mit meinen Aufgaben verantwortungsvoll umgehe“, entgegnete Harald Kriesel. Anspannung auf beiden Seiten. Zwischendurch ein paar Beleidigungen aus dem Zuschauerraum. Auch in anderen Fragen sind die Fronten klar und verhärtet, die Diskussion festgefahren – ein schwieriges Unterfangen.

Nächste Runde, neues Podium, gleiches Bild: verhärtete Fronten. Die zweite Runde stand unter der Leitfrage „Wem gehört die Stadt?“

Michael Rau (Die Grünen), Horst Schnitzler (Die Linke) und Norbert Plum (SPD) saßen als Politiker auf dem Podium. Außerdem hatte die Bürgerinitiative eine Anwohnerin und zwei Vertreter von ähnlichen Bürgerinitiativen in anderen Städten eingeladen.

„In Mülheim ist all das eingetreten, was wir befürchtet hatten. Die Innenstadt ist mausetot“, machte Lothar Reinhard von der Mülheimer Initiative seinem Ärger Luft. „Dieser Eingriff ist tödlich für Aachen als historisch gewachsene Stadt und der vorhabenbezogene Bebauungsplan ist eine Bankrotterklärung der Demokratie. Diese Suppenkasperl nicken das dann nur noch ab.“

Zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan erklärte Michael Rau (Die Grünen), dass dieser der Stadt viele vertragliche Möglichkeiten biete, zum Beispiel die Verpflichtung, Ersatzwohnraum zu schaffen, ein Job-Ticket anzubieten und ein Fahrradparkhaus einzurichten. Außerdem betonte Rau, was die Politik alles erstritten habe, um den Nutzen für die Stadt zu maximieren. „Es fällt vielen gar nicht mehr auf, dass die

Galerie ein Geschoss kleiner ist als zunächst geplant“, nannte er ein Beispiel.

Ein weiteres sei die Reduktion der Parkplätze, die die Politiker ebenfalls herbeigeführt haben. Auch Norbert Plum konnte nur betonen, dass er mit seiner Aufgabe als gewählter Vertreter verantwortungsvoll umgehe. Daran zweifelten einige Zuhörer lautstark. Eine kurze, aber heftige Debatte über die repräsentative Demokratie und den Ausverkauf der politischen Entscheidungen folgte.

Anwohner wie Karin Renner fühlen sich trotz der Bürgerbeteiligung übergangen. „Bei mir kam der Eindruck an, dass an den Bürgern vorbei geplant wurde“, kritisierte die Anwohnerin.

Ratsherr Horst Schnitzler, der auch in der Bürgerinitiative aktiv ist, betonte zum Abschluss noch einmal, dass trotz aller Kritik „ein integriertes und flächenmäßig angepasstes Center wünschenswert ist“. Nur eben anders, vor allem kleiner und ohne die teilweise Privatisierung des Adalbertsbergs.

Vielleicht steht in Aachen nun ein weiteres Bürgerbegehren vor der Tür. Ein Bürgerbegehren gegen den Bebauungsplan ist juristisch allerdings nicht möglich. Deswegen will sich die Bürgerinitiative für ein Bürgerbegehren gegen die teilweise Privatisierung der Straße Adalbertsberg einsetzen.

Historische Bedeutung

Konkret fordert die Initiative, den Teilverkauf rückgängig zu machen. Als Begründung wird angeführt, dass die Straße aufgrund ihrer historischen Bedeutung als Teil der mittelalterlichen Stadtentwicklung besonders schützenswert ist.

Die Gegner der Privatisierung erachten den Verkauf als nicht notwendig und kritisieren darüber hinaus, dass die Öffentlichkeit über dieses Verkaufsvorhaben bewusst im Unklaren gelassen worden sei. Die Unterschriftenlisten sind schon unterwegs....